

Vielfalt ausschlaggebend

Mit dem Mobiltelefon werden vor allem kleinere Behördenleistungen heute schneller beglichen. Dazu bedarf es keiner NFC-Technologie. Die gängigen Zahlungsplattformen beinhalten bereits fast alle elektronischen Bezahlfverfahren – von PayPal bis paydirekt.

In Deutschland ist das Rennen um Marktanteile beim mobilen Bezahlen eröffnet: Google, Apple und die Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken starten entsprechende Angebote. Wie wirkt sich das auf den kommunalen Sektor aus? Wohl eher gering, glaubt Christopher Linke, Senior-Projektleiter bei Axians Infoma. „Google und Apple Pay zielen ja eher auf den Point of Sale im Handel“, erklärt der Spezialist für Bezahldienste, „im öffentlichen Sektor gibt es in Bürgerbüros, auf Wertstoffhöfen et cetera vielleicht Potenzial für solche Bezahlararten, aber der klassische Fall ist doch ein anderer: Der Bürger erhält einen Bescheid und möchte diesen schnell online mit dem Zahldienst seiner Wahl begleichen.“ Auch Karl Klein von der Stabsstelle Monitoring und Evaluierung beim baden-württembergischen IT-Dienstleister ITEOS ist überzeugt: „Die so genannte Wallet-Funktion von Google Pay hat sicherlich gute Chancen, im Laufe der Zeit im Handel an Attraktivität zu gewinnen – sie wird im kommunalen Umfeld aber eher eine geringe Rolle spielen. Dort denken wir bei E-Payment vielmehr an die Bezahlmöglichkeit in Zusammenhang mit durchgehenden, medienbruchfreien Online-Diensten.“

Elektronisches, mobiles Bezahlen in der kommunalen Praxis sieht so aus: Die Zahlungsaufforderung, ob per E-Mail oder Post verschickt, enthält einen QR-Code. Der Empfänger scannt diesen mit seinem Smartphone und wird auf eine Internet-Seite geleitet, von der aus er die Zahlung auslösen kann. Dies sind Software-Plattformen zur Vereinnahmung von Online-Zahlungen wie ePayKommunal von Axians Infoma, pmPayment von GovConnect, epay21 von ekom21 oder epayBL (E-Payment Bund-Länder), das im Rahmen der Initiative „Bund Online 2005“ entstand. Vorteil solcher Bezahlplattformen: Sie integrieren sich in die Fachanwendungen der Kommune, darunter das Kassenvverfahren, welches die Zahldaten dann gleich nutzen kann. Damit wird der gesamte Prozess automatisiert – vom Erzeugen der Zahlungsaufforderung im ERP-System bis hin zu Verbuchung und Zahlungseingang auf dem kommunalen Bankkonto.

Um es dem Gegenüber so komfortabel wie möglich zu machen, unterstützen alle Bezahlplattformen heute mehrere Zahlungsarten und -anbieter: Vorkasse, Kreditkartenzahlung, Sofortüberweisung mittels giropay und paydirekt sowie PayPal. Hierfür bedarf es keiner NFC-Technologie, aber das Mobiltelefon er-

möglicht durch seine Scan-Funktion ein wesentlich unkomplizierteres Bezahlen, als wenn der Papierbescheid erst einmal abgelegt und Tage später manuell per Online-Banking transferiert wird. Erfahrungen aus der kommunalen Praxis zeigen, dass genau deshalb (vor allem kleine) Beträge deutlich schneller überwiesen werden.

Beim elektronischen und mobilen Bezahlen hat PayPal derzeit noch immer die Nase vorn – und zwar deshalb, weil es sehr einfach ist. Im Juli 2018 hat beispielsweise die Stadt Bielefeld PayPal als weitere Bezahlart für ihre Verwaltungsdienstleistungen aufgenommen, neben giropay, paydirekt und Kreditkarte.

paydirekt, ein Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Kreditwirtschaft, bietet sein gleichnamiges Online-Bezahlverfahren seit Ende 2015 an und positioniert sich damit als Alternative zum amerikanischen Platzhirsch. Jedes onlinefähige Girokonto kann daran teilnehmen. Anders als bei PayPal werden hier keine Kontodaten an einen dritten Dienstleister weitergegeben, sondern gezahlt wird direkt vom Girokonto, die Überweisung erscheint unmittelbar in den Kontoumsätzen. Die erste kommunale Gebietskörperschaft in Baden-

Württemberg, die neben PayPal, Kreditkarte und giropay auch die Online-Bezahlung über paydirekt ermöglichte, war im Oktober 2017 der Rhein-Neckar-Kreis. Auch die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) ließ Anfang 2018 verlauten, dass sich im Zuge einer gemeinsamen Rabattaktion mit dem bayerischen Sparkassenverband über 100 Kommunen für paydirekt als Bezahlart bei gebührenpflichtigen Diensten im AKDB-Bürgerservice-Portal entschieden hätten. Ein Argument: Im Rahmen des kundenbasierten und unabhängigen BankingCheck Awards wurde paydirekt in der Kategorie „Bester Paymentdienst 2017“ ausgezeichnet.

giropay, Anbieter der Online-Überweisungslösung für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe, verkündete unterdessen, dass bereits über 1.000 Kommunen sein Verfahren einsetzen – Tendenz stark steigend. „Seitens der Sparkassen-Finanzgruppe wird über GiroSolution im E-Government sehr viel dafür getan, Kommunen vor Ort mit Online-Bezahlösungen zu versorgen“, erklärte giropay-Geschäftsführer Jörg Schwitalla im Juni 2017 gegenüber dem Fachportal IT-Finanzmagazin. Der Nutzer wird bei giropay vom Online-Portal der Kommune direkt auf die Banking-Seite seiner Bank oder Sparkasse weitergeleitet und kann dort per TAN eine vorausgefüllte Überweisung freigeben.

Als Anbieter und Mitglied der Entwicklungsgemeinschaft der Bezahlplattform ePayBL beobachtet ITEOS jedoch eine eindeutige Präferenz der Nutzer für PayPal. Karl Klein zufolge ist es ein schwieriges Unterfangen, sich gegen das seit

vielen Jahren etablierte Unternehmen zu positionieren. „paydirekt ist dementsprechend weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben“, erklärt er. „Ein Grund dafür könnte in der Beschränkung auf Inhaber eines deutschen Bankkontos liegen. Das trifft auch auf giropay zu, ein Verfahren, das schon viele Jahre verfügbar ist, aber nie nennenswerte Bedeutung erlangt hat. Zwischen PayPal und paydirekt sehen wir die Kreditkarte, allerdings eher mit fallender Tendenz.“

Ein Player, der im kommunalen Umfeld noch überhaupt keine Rolle spielt, ist Amazon. Der Online-Händler ist ein schlafender Riese: mit funktionierender E-Payment-Lösung und auch in Deutschland einer Nutzeranzahl, die in die

Millionen geht. Kommunale Forderungen mit dem Amazon-Account bezahlen? Für Payment-Experte Christopher Linke von Axians Informa derzeit noch ein Zukunftsszenario, aber immerhin greifbarer, als es Google und Apple Pay bereits sind. Den Kommunen rät Linke, Ruhe zu bewahren. Welcher Anbieter langfristig die Oberhand gewinnen wird, sei letztlich nicht entscheidend. Für erfolgreiche Online- und mobile Bezahlssysteme in der kommunalen Verwaltung sei heute wie morgen die Vielfalt für die Bürger ausschlaggebend. Wichtig bleibe letztlich die Integration des Zahlungsverkehrs in bestehende System und Prozesse.

Frank Zscheile ist freier Mitarbeiter der Fachzeitschrift Kommune21.